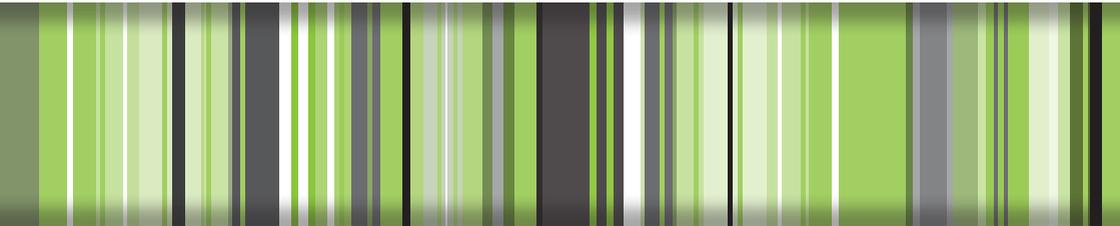


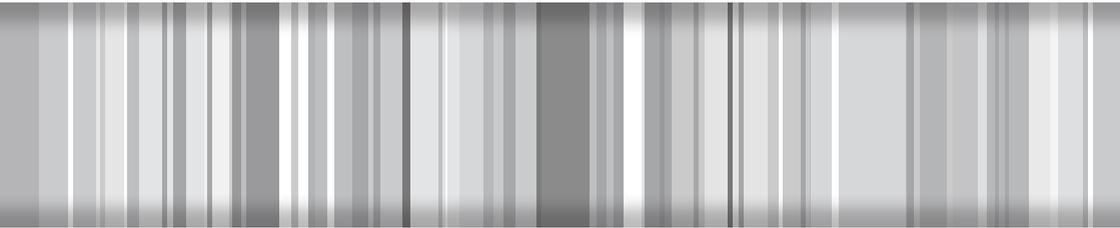
Diagnose: Digitaler Jetlag

«Menschen lieben den Fortschritt,
aber hassen jede Veränderung.»

Voltaire



Im Alltag sind wir längst im digitalen Zeitalter angekommen. Mit unserer inneren Uhr dagegen verharren wir in den Denk- und Handlungsmustern der Industriegesellschaft. Wir befinden uns in einer Art digitalem Jetlag. Diese zeitliche Asymmetrie führt zu Ungleichgewichten, Fehlanpassungen, zu sozialen Problemen und Konflikten. Für uns alle liegt die Herausforderung darin, dass man in Zeiten des rasanten Wandels nicht weiss, wohin die Reise geht. Will man Zukunft, muss man akzeptieren, dass diese unberechenbar ist. Sicher ist einzig, dass sich die durch den technologischen Paradigmenwechsel angestossenen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nicht umkehren lassen. Es gibt keinen Reset-Knopf, der die Nachkriegsordnung zurückbringt. Die Frage ist nicht ob, sondern wann und vor allem zu welchem Preis wir den digitalen Jetlag hinter uns lassen.



»»» Am 17. August 1900 verbot die Regierung des Kantons Graubündens «das Fahren mit Automobilen auf sämtlichen Strassen». Und dabei blieb es bis Mitte der zwanziger Jahre. Der Versuch, das Verbot zu lockern, scheiterte nicht weniger als zehnmal am Stimmvolk. Die Abneigung der Bündner richtete sich unter anderem «gegen die Sportautomobile, mit denen ausländische Millionäre durch unser Land fahren wollen». So die Gasetta Romantscha. Man warnte davor, wegen einiger Silberlinge fremder Autoprotzen die Freiheit der eigenen Strassen zu verkaufen. Die Bauern fürchteten, dass ihre Felder und Wiesen von der Staubentwicklung der Stinkkarren in Mitleidenschaft gezogen würden. Fuhrleute und Postpferdehalter sorgten sich um ihren Verdienst. Selbst die Hoteliers bekämpften das neue Verkehrsmittel. Die bisherigen Gäste fühlten sich auch ohne Auto ausgesprochen wohl. Mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs begann sich dies schrittweise zu ändern. Die Schweizer Armee kümmerte sich nicht um das Fahrverbot. Gegen Ende des Krieges kam es zudem wegen Pferdemangels zu einer Transportkrise. Man war froh, Lastwagen einsetzen zu können. Der stärkste Druck zur Aufhebung des Verbots kam aber von der Hotellerie. Diese war durch den Krieg in eine schwere Krise geraten. Die traditionellen Gäste aus Deutschland und Österreich blieben aus. Die Stimmung kippte. Am 21. Juni 1925 entschied eine knappe Mehrheit des Stimmvolkes, die wichtigsten Strassen Graubündens für den Autoverkehr freizugeben.¹

Gegen die Classe politique

Letztlich ging es aber auch bei den Bündner Auto-Wirren um mehr als nur um Verkehrspolitik. Das Automobil als Symbol des Fortschritts und damit der radikalen Veränderung war zu einer Projektionsfläche geworden, um «denen da oben» eins auszuwischen.² Die Stimmabgabe erfolgte aus einer allgemeinen Unzufriedenheit heraus und richtete sich gegen die etablierte Politik. Ein Verhaltensmuster, das nichts an Aktualität verloren hat. Rom hat den Protest gewählt. Mit dieser Schlagzeile kommentierte das Tagblatt die Wahl von Virginia Raggi ins Bürgermeisteramt. Bei der Bundespräsidenten-Wahl in Österreich scheiterten die Kandidaten der beiden Regierungsparteien bereits in der ersten Runde. Grossbritannien stimmte entgegen den Parolen von Tories und Labour für den Brexit. In Deutschland feiert die AfD Erfolge. Trump verdankt seinen politischen Aufstieg dem rhetorischen Kampf gegen das Establishment. Nicht anders funktioniert die Schweizer Politik. Mit einer wichtigen Besonderheit. Dank der direk-

ten Demokratie kommt bei uns der Protest weit früher in der institutionalisierten politischen Auseinandersetzung an. 1992 entwickelte sich die EWR-Abstimmung zu einem Debakel für das traditionelle Parteiensystem. Seither führt die SVP einen erfolgreichen Kampf gegen eine so genannte schweizerische Elite: «Die Classe politique untergräbt in eigensüchtiger Dekadenz die tragenden Säulen unseres freiheitlichen Landes. Ein Prozess der Nivellierung nach unten, des Niedergangs hat begonnen.»³ Besser kann man die Mantra der linken und rechten Protestwähler nicht auf den Punkt bringen. Dort die böse Classe politique, hier das edle Volk. Dort die Eigensucht, hier das Gemeinwohl. Dort der Niedergang, hier die Freiheit. Früher war alles besser. So einfach ist es. Vor allem in Zeiten des raschen sozialen Wandels.

Kulturelle Phasenverschiebung

Welches sind aber nun die Gründe, die diese Proteste befeuern? Haben wir es in der Tat – so alt Bundesrat Blocher – mit einer dekadenten Elite zu tun, die sich von so manchem Professörlein und Ämtchenträger ins Bockshorn jagen lässt und denen es nur um das eigene internationale «Imitsch» geht? Hat unsere Politik die Sorgen der sogenannten kleinen Leute aus den Augen verloren? Werden die grossen Konzerne wie von linker Seite behauptet von einer Horde gieriger Abzocker geführt, die nur an ihre Boni denken? Sind unsere KMU-Unternehmer alles Lohndumper, die im Ausland billige Arbeitskräfte einkaufen? Machen Grenzgänger die Schweizerinnen und Schweizer arbeitslos? Sind die finanziellen Engpässe unserer Sozialwerke die Folge eines bürgerlichen Sparwahns? Müssen wir antreten, um Freiheit und Wohlfahrt zu verteidigen? Nein, selbstverständlich nicht. Und ebenso selbstverständlich kann man all diese Behauptungen mit endlosen Zahlen und Fakten widerlegen. Nur, das interessiert nicht. Es geht nicht um Fakten, sondern um Emotionen. Für die Angst vor Fremden braucht es keine Migranten. Im Gegenteil. Vorurteile halten sich dann besonders gut, wenn sich diese nicht an eigenen Erfahrungen messen müssen.⁴ Weit entscheidender ist eine allgemeine tiefgreifende Verunsicherung, deren Ursachen fundamentaler sind als jede Schlagzeile: Unsere Gesellschaft verändert sich, Gewohntes verschwindet. Viele erleben den sich beschleunigenden Strukturwandel am Arbeitsplatz, die Individualisierung der Gesellschaft und veränderte Lebensformen als Bedrohung der politischen Stabilität, der ökonomischen Prosperität und vor allem der eigenen kulturellen Identität.⁵ Es wird immer schlimmer, so die subjektive

Wahrnehmung. Ob in der Migrationsdebatte, der Flüchtlingsfrage, in der expansiven Geldpolitik der Notenbanken, beim Service public, in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen, bei den Verkehrsfragen oder in der Bildungspolitik: Die von der Politik formulierten Versprechen erweisen sich als nicht erfüllbar. Und dies nicht als Folge dunkler Mächte in Wirtschaft und Politik, sondern als direkte Konsequenz eines Phänomens, das der amerikanische Soziologe William F. Ogburn⁶ bereits vor hundert Jahren als kulturelle Phasenverschiebung (cultural lag) dokumentierte. Teile der «immateriellen Kultur» wie Institutionen, Werte, Normen und Organisationen können mit dem technologischen Fortschritt nicht mithalten. Die Digitalisierung verändert im Schnellzugstempo die Welt, die Organisationsstrukturen des institutionellen Lebens dagegen treten an Ort. Diese zeitliche Asymmetrie führt zu Ungleichgewichten, Fehlanpassungen, zu sozialen Problemen und Konflikten.

Innere Uhr

Menschen lieben den Fortschritt, aber hassen jede Veränderung, so Voltaire. Viele von uns sind mit einem Smartphone unterwegs. Wir shoppen online, bereiten unsere Ferien mit tripadvisor vor und bestellen unser Hotel über ein Buchungsportal. Unsere Informationen suchen wir bei Google. Für den Meinungsaustausch mit weit entfernten Freunden nutzen wir soziale Netzwerke. Unsere nächsten Angehörigen treffen wir im Familienchat. Wettervoraussagen sind online jederzeit und überall für jeden Ort verfügbar. Das Lesen von Strassenkarten haben wir dank GPS-gestützter Informationen schon längst verlernt. Als Unternehmer arbeiten wir an der digitalen Integration unserer Wertschöpfungsketten. Strukturen und Prozesse kommen auf den Prüfstand. Bestellungen werden zeitverzugslos und automatisiert abgearbeitet. Unsere Archive verabschieden sich in irgendeine Cloud. Die mit dem technologischen Fortschritt verbundenen kulturellen Veränderungen jedoch lehnen wir ab. Die überlieferten Gemeindegrenzen, Spitalregionen, Schulstrukturen, das Konkordanzprinzip oder die Sozialpartnerschaft gelten als unberührbar. Wir stellen auf Spotify unser ganz persönliches Radioprogramm zusammen und verteidigen den Service public als unverzichtbares Element der nationalen Identität. Als Konsumenten fahren wir für den Einkauf und die Ferien ins günstigere Ausland. Gleichzeitig setzen wir alles daran, unseren Arbeitsmarkt vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Raumkonzepte, Richtpläne, Baugesetze, Energiestrategien, Integrationsprojekte, Gleichstellungskonzepte, Präven-

tionskampagnen, Werbeverbote und vieles mehr erklären uns, wie die Schweiz in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren auszusehen hat. Ein Anspruch, der in einem absoluten Widerspruch zur aktuellen Veränderungsgeschwindigkeit steht. Und dabei sind wir noch vergleichbar gut unterwegs. Als kleines, exportorientiertes Land hat die Schweiz gelernt, mit globalen Veränderungen umzugehen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass wir uns in einer Art digitalen Jetlag befinden. In unserem Alltag sind wir längst im digitalen Zeitalter angekommen. Mit unserer inneren Uhr dagegen verharren wir in den Denk- und Handlungsmustern der Industriegesellschaft.

Angstabwehr

Wie lässt sich nun aber dieser digitale Jetlag erklären? Warum verfügen Institutionen und Organisationen über so etwas wie eine natürliche Trägheit? Soziale Systeme sind tendenziell für die Ewigkeit gebaut, entwickeln ein eigenes Leben, eine Kultur, eine Individualität, eigene Erscheinungsformen. Jede lebendige Institution versucht, sich selbst in ihrem Status quo zu erhalten. Dieser wird gegen innere und äussere Bedrohungen geschützt und verteidigt. Die Abwehr ist immer Angstabwehr und wird dort aufgegeben, wo es um besonders starke Emotionen geht. Dieses von Heintel und Krainz⁷ als Systemabwehr beschriebene unbewusste Verhalten dient der Aufrechterhaltung der eigenen Identität. In unruhigen Zeiten gewinnt man das Rennen nicht mit Fakten und Argumenten, sondern mit dem emotionalen Appell an das dumpfe Gefühl, aus der Zeit zu fallen und seine eigene Welt zu verlieren. Make America Great Again! Das kollektiv Unbewusste reagiert sensibel auf Veränderungen. Keine Institution, deren Überleben gesichert ist, bewegt sich freiwillig, aus Freude am Ungewissen und Neuem. Im Gegenteil. Wir alle neigen zur rückschauenden Verklärung. Süß ist die Erinnerung an vergangene Mühen, so Euripides. Besonders veränderungsresistent macht Erfolg. Wer viel zu verlieren hat, riskiert wenig. Dabei gibt es keinen Unterschied zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen oder zwischen Wirtschaftsverbänden und Sportvereinen. Die Gesetze der kulturellen Trägheit gelten für alle. Der Unterschied zwischen privatwirtschaftlich und politisch gesteuerten Institutionen liegt nicht im Grundsätzlichen, als vielmehr in der Art und Weise, wie ein technologischer Paradigmenwechsel die Systeme beeinflusst. Unternehmen, die unter Wettbewerbsbedingungen funktionieren, werden von neuen Technologien unmittelbar und verzugslos herausgefordert. Eine Wert-

schöpfung, die es aus technischen Gründen nicht mehr braucht, ist keine Wertschöpfung mehr.⁸ Wer sich nicht bewegt, hat verloren. Anders funktioniert die Politik. Hier geht es nicht um zahlende Kunden, sondern um die Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen. Wahlen gewinnt man in scheinbar sicheren Zeiten nicht mit einer unsicheren Wette auf die Zukunft, sondern mit der Bereitstellung staatlich finanzierter Güter zu Gunsten einzelner Anspruchsgruppen. Bedient werden diejenigen, die es als Gruppe verstehen, ihre Interessen mit Nachdruck zu artikulieren. Besonders wirkungsvoll sind einmal gewährte ökonomische Vorteile. Diese helfen, die Reihen zu schliessen und Begünstigte zu mobilisieren. Konsequenterweise werden neue Bedürfnisse über zusätzliche Staatsaufgaben und Staatsausgaben bedient. Vergleichbares gilt für private Unternehmen, die von staatlichen Garantien wie Subventionen und geschützten Märkten profitieren. Diese auf Besitzstandwahrung ausgerichtete Mechanik erklärt das scheinbar naturgesetzlich vorbestimmte permanente Wachstum der Staatsquote. Mit Blick auf die politische Ökonomie lohnt es sich schlicht und einfach nicht, Besitzstände in Frage zu stellen.

Halbwertszeit

Aufgelöst werden die Ungleichgewichte und Fehlanpassungen einer kulturellen Phasenverschiebung vielfach erst durch äussere, die eigene Existenz fundamental gefährdende Erschütterungen. Dies zeigt beispielhaft das Ende des Automobilverbots in Graubünden. Erst als der Fremdenverkehr als Folge der gesellschaftlichen und politischen Katastrophen des ersten Weltkrieges in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, passten sich die Positionen der Hoteliers und die politischen Mehrheitsverhältnisse den neuen technologischen Errungenschaften an. Diesem bescheidenen Beispiel eines letztlich positiv verlaufenen Anpassungsprozesses an neue Zeiten stehen zahllose historische Begebenheiten gegenüber, bei denen die Ungleichgewichte mit Gewalt aufgelöst wurden. Im Jahre 1798 brachte der Einmarsch der Franzosen das Ende der Alten Eidgenossenschaft. In den Städten verloren die Zünfte und die Patrizierfamilien, in den Landsgemeindeorten die Alteingesessenen ihre Vorrechte. Sie alle hatten es verpasst, die Herrschaftsmentalität der Alten Eidgenossenschaft dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Die ständische Elite war in einem Interessen- und Identitätskonflikt gefangen. Man identifizierte sich mit der bestehenden Ordnung, fand sein Selbstverständnis in der Vergangenheit, den goldenen Zeiten

des Ancien Régime. In erster Linie aber befürchtete man den Verlust der mit den Vorrechten der Oberschicht verbundenen wirtschaftlichen Privilegien. Trotz der totalen Niederlage der alten Ordnung dauerte es noch Jahrzehnte bis zur Gründung der modernen Schweiz. Immer wieder wollte man das Rad der Zeit zurückdrehen. Dies zeigt mit bemerkenswerten Parallelen zu den aktuellen Ereignissen die Restauration von 1815. Der Versuch, politisch auf die Zeiten vor der französischen Revolution zurückzugehen und das Ancien Régime wiederherzustellen, scheiterte jedoch an den Realitäten des durch die Industrialisierung getriebenen gesellschaftlichen Wandels. Ab 1830 setzten sich zunehmend liberale Kräfte durch. Nach der Niederlage der Konservativen im Sonderbundskrieg stimmte das Schweizervolk 1848 der vom Gedankengut der französischen Revolution geprägten neuen Bundesverfassung zu. Mit einer vergleichbaren Halbwertszeit wie die Restauration von 1815 wird sich auch die Re-Nationalisierung von heute mit ihrer Devise «Take back control» von der Weltbühne verabschieden. Es gibt keinen Reset-Knopf, der die Nachkriegsordnung zurückbringt. Keine nationale und erst recht keine supranationale Regierung ist in der Lage, die Regeln und Muster einer digitalen Ökonomie zu erfassen und der zunehmenden Komplexität gerecht zu werden.⁹ Die traditionelle staatliche Macht verlagert sich zu informellen Netzwerken, losen Bündnissen und zum Individuum selbst.¹⁰ Es gilt die normative Kraft des Faktischen.

Wind des Wandels

Für uns alle liegt die Herausforderung darin, dass man in Zeiten des rasanten Wandels nicht weiss, wohin die Reise geht. Als James Watt um 1770 mit seinen Ideen den Wirkungsgrad der Dampfmaschine verbesserte, dachte er weder an die Eisenbahn noch an die mit der Industrialisierung verbundenen gesellschaftlichen Verwerfungen. Will man Zukunft, muss man akzeptieren, dass diese unberechenbar ist. Sicher ist einzig, dass sich die durch den technologischen Paradigmenwechsel angestossenen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nicht umkehren lassen. Die Frage ist nicht ob, sondern wann und zu welchem Preis wir den digitalen Jetlag hinter uns lassen. Wenn der Wind des Wandels weht, so ein chinesisches Sprichwort, gehört die Zukunft den Menschen, die Windmühlen bauen und nicht denjenigen, die Mauern bauen. Angst, Abwehr und Abschottung sind definitiv keine tauglichen Rezepte. <<<

Literaturverzeichnis

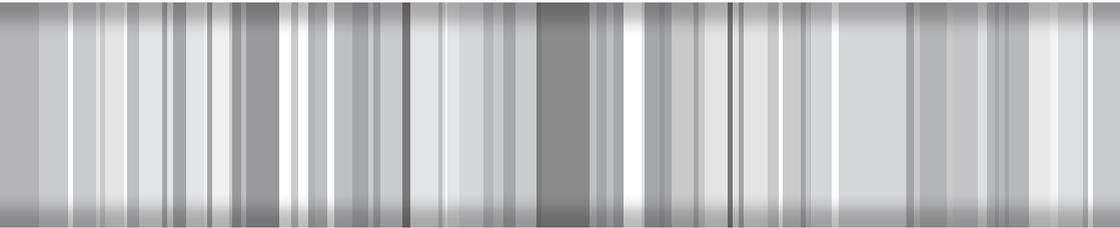
- ¹ **Sauter Hans Dieter**
Ungetüm auf Strassen. Der verzögerte
Einzug des Autos in Graubünden;
in: Kultur & Technik 2/1992, S. 36 ff.
- ² **Schwarzenbach Robin**
Der Kampf ums Automobil;
in: NZZ vom 4. 7. 2016
- ³ **Blocher Christoph**
Wollen wir zulassen, dass die Classe
politique Freiheit und Wohlstand zu
Grunde richtet?; Vortrag; SVP-Delegierten-
versammlung vom 25.10.2014
- ⁴ **Melzer Ralf**
Wie Rechtspopulismus funktioniert;
Gastbeitrag in: Spiegel online; 2.10.2016
- ⁵ **Straubhaar Thomas**
Das steckt wirklich hinter der Stimmung-
sache gegen Zuwanderer; FOCUS-Online-
Gastkommentar; 12.7.2016
- ⁶ **Duncan Otis Dudley**
William F. Ogburn on Cultural and Social
Change, Selected Papers; Chicago, 1964
- ⁷ **Heintel Peter; Krainz Ewald E.**
Projektmanagement – Hierarchiekrise,
Systemabwehr, Komplexitätsbewältigung;
Springer Gabler, 2015
- ⁸ **Hummler Konrad**
Blockchain: wie explosiv? bergsicht.ch;
Ausgabe 17, Januar 2016
- ⁹ **Helbing Dirk**
Menschheit steht vor dem grössten
Umbruch seit der industriellen Revolution;
in: Sonntagszeitung, 4.1.2015
- ¹⁰ **McChristal Stanley**
Die Welt aus dem Gleichgewicht;
in: Notenstein Gespräch, Juni 2014
- ¹⁰ **Weigelt Kurt**
Zurück in die Zukunft; in: Schweizer Monat,
Ausgabe 1037, Juni 2016

Über den Autor

Dr. Kurt Weigelt

Kurt Weigelt, geboren 1955, studierte an den Universitäten Zürich und Bern Rechtswissenschaften. Anschliessend doktorierte er bei Prof. Dr. P. Saladin zu den Möglichkeiten einer staatlichen Parteienfinanzierung unter vergleichender Berücksichtigung der Gesetzgebung in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Studienaufenthalte in Paris und Los Angeles. Im Anschluss an seine Ausbildung kaufte er gemeinsam mit seiner Gattin ein Unternehmen im Bereich des Einzel- und Versandhandels. Die Bürowelt Schiff AG wird heute von Regula Weigelt-Knecht alleinverantwortlich geführt. Seit 2007 ist Kurt Weigelt Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Er ist Vater von vier Kindern und wohnt in St.Gallen.







IHK
Industrie- und
Handelskammer
St.Gallen
Appenzell

Gallusstrasse 16
Postfach
9001 St.Gallen

T 071 224 10 10
F 071 224 10 60
info@ihk.ch
www.ihk.ch